



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 27.09.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Mindestens 162 Menschen sind auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken, 163 wurden geborgen, die restlichen der 600 Insassen werden vermisst, die Zahl der Toten wird voraussichtlich weiter steigen. Die von Ägypten ausgehende, etwa zehn Tage währende Fluchtroute gilt als besonders gefährlich.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mindestens-133-fluechtlinge-vor-aegypten-ertrunken-a-1113706.html> (24.09.16)
- Nach der Bombardierung eines Hilfskonvois des Roten Halbmonds in Syrien sind vier kleinere Städte doch noch mit Gütern der UN beliefert worden. Aleppo, hier vor allem der Ostteil der Stadt, wird weiter von Russland und dem syrischen Regime bombardiert. Wenn ein Haus getroffen wird und Menschen verletzt und/ oder verschüttet sind, besteht kaum noch eine Chance auf Rettung, auch Krankenhäuser und Feuerwehren sind beschädigt, das Hauptquartier der mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichneten Weißhelme wurde ebenso getroffen, nach wie vor ist die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser längst nicht ausreichend und gefährlich.
Währenddessen fanden Verhandlungen der zentralen Akteure im Krieg um Syrien im UNO-Hauptquartier in New York statt, ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Vertreter*innen der EU-Mitgliedsstaaten und der USA kritisieren Russland scharf und sprechen teilweise von Kriegsverbrechen. Russland wiederum sieht die Kritik als unberechtigt an.
http://www.deutschlandfunk.de/aleppo-bomben-auf-zentren-der-syrischen-weisshelme.1818.de.html?dram:article_id=366642 (23.09.16)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-russland-weist-kritik-an-militaerpraesenz-im-buergerkrieg-zurueck-a-1113858.html> (25.09.16)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/syrien-krieg-umkaempftes-aleppo-es-ist-wirklich-die-hoelle-1.3179348> (26.09.16)
<http://www.tagesschau.de/ausland/syrien-hilfsgueter-101.html> (26.09.16)
- In Calais ist die Anzahl der dort lagernden Fliehenden auf eine Zahl von über 10.000 gestiegen, einen Monat zuvor waren es noch 9.000. In Calais wird eine Mauer gebaut, um die Fliehenden von der Weiterreise nach Großbritannien abzuhalten. Die Bauarbeiten begannen am vergangenen Dienstag. Die britische Regierung finanziert das Projekt, dies sei jedoch teuer und nutzlos, das Problem werde lediglich verlagert, so einige NGOs. Die französische Regierung hatte angekündigt, das Lager zu räumen, aber keinen Zeitplan genannt.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-09/calais-frankreich-fluechtlingslager-bewohnerzahl-10000>

(20.09.16)

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/frankreich-calais-fluechtlingslager-mauerbau> (21.09.16)

Bund, Land, Kommune

- Die Grünen kritisieren die Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Diese geschehe offenbar immer häufiger aus „Lust und Laune“ heraus. So ist die Anerkennung eritreischer Geflüchteter nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 96% im Januar auf 66,5% im August gefallen. Vermehrt wird der subsidiäre Schutz zugesprochen. Das Militärregime Eritreas ist aber seit Januar nicht verschwunden, die weit greifende Wehrpflicht auch nicht. Ähnlich wie die Grünen äußerte sich die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler. Wie bei eritreischen Geflüchteten seien auch die Anerkennungsquoten von Menschen aus Afghanistan und Syrien gefallen, viele hätten keinen Zugang zu Integrationskursen. PRO ASYL kritisiert, dass es nicht mehr um den Schutz der Geflüchteten sondern um den Schutz vor ihnen gehe. Weiterhin machen Politiker*innen von AfD und CSU Stimmung gegen Menschen die asylrechtlich abgelehnt sind, aber dennoch gemäß Aufenthaltsgesetz in Deutschland bleiben dürfen. 18,6% der 550.000 in Deutschland lebenden, abgelehnten Asylsuchenden sind geduldet, ihnen droht also die Abschiebung. Für die Deutsche Polizeigewerkschaft offenbart sich hier eine „Abschiebeverhinderungsindustrie“, er bezieht sich auf PRO ASYL. Die Bundesregierung wirft zudem Ärzt*innen vor, gezielt Reiseunfähigkeit festzustellen, der Präsident der Bundesärztekammer Frank Ulrich Montgomery weist den Vorwurf, es würden Gefälligkeitsgutachten ausgestellt, zurück.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/entscheidungen-ueber-fluechtlinge-massive-kritik-an-deutscher-asylbehoerde/14591822.html> (23.09.16)
- CDU und CSU nähern sich in der Debatte um eine Obergrenze an. CSU-Politiker*innen sprechen vermehrt von „Richtgrößen“, CDU-Politiker Wolfgang Schäuble nennt die Zahl 200.000 im Zusammenhang mit der Verteilung Geflüchteter auf die EU-Mitgliedsstaaten.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/union-fluechtlinge-obergrenze-deutschland-cdu-csu> (20.09.16)
- Der Bericht zum Stand der Deutschen Einheit veranlasste eine verstärkte Berichterstattung über Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern, die Bundesregierung schreibt in ihrem Bericht, dass rechtsradikal motivierte Straftaten bezogen auf eine Million Einwohner in Ostdeutschland ungleich öfter vorkommen (von 33,9 in Thüringen über 49,6 in Sachsen hin zu 58,7 in Mecklenburg-Vorpommern) als in Westdeutschland (mit einem Durchschnitt von 10,5):
 - Die Landesflüchtlingsräte Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens sowie die unabhängigen Antidiskriminierungsstellen betonen im Bericht der *Deutschen Welle*, dass Rassismus nicht erst bei Aggression und Gewalt beginne, sondern sich auch klar in Alltagssituationen wie in der Schule oder auf dem Wohnungsmarkt zeige. Gerade in den neuen Bundesländern unterstütze der Staat die bestehenden NGO-Strukturen nicht ausreichend.
<http://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-%C3%A4te-beklagen-wachsende-gewalt/a-19566727> (21.09.16)
 - Die verbreitete Feindschaft gegenüber dem Anderen in den neuen Bundesländern lässt viele verschiedene Akteur*innen auf die Konsequenzen einer solchen Entwicklung hinweisen. Die ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, spricht von Fehleinschätzungen, Bagatellisierungen und konsequenten Verharmlosungen. Die Folge seien rechtsradikale Parallelstrukturen. Auch sie sieht Defizite im Handeln des Staates. Wirtschaftsforscher*innen sehen die wirtschaftlichen Perspektiven der Regionen schwinden.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtsextremismus-debatte-rechtsruck-in->

[mecklenburg-vorpommern/14580820-2.html](http://www.mecklenburg-vorpommern/14580820-2.html) (22.09.16)

- Der sächsische Staatsminister des Inneren, Markus Ulbig fordert, dass das „Schlupfloch“ Kirchenasyl gestopft werde. Anlass ist, dass die Herrnhuter Brüdergemeinde einer irakischen Familie Kirchenasyl gewährte. Nach den Dublin-Verträgen wäre die Tschechische Republik für die Familie zuständig, weil sie aber massiv von der Mehrheitsgesellschaft bedroht worden waren, flohen sie ein zweites Mal nach Deutschland. Ulbig will mit der geplanten Reform der Dublin-Verträge Kirchenasyl unterbinden.
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/ulbig-besteht-auf-aubschiebung-aus-kirchenasyl-herrnhut-100.html> (21.09.16)
- In Bautzen wird nach den Eskalationen der vergangenen Wochen ein Mann von Nazis angegriffen. Er sah ihnen nicht „deutsch“ genug aus. Die Ausgangssperre für die minderjährigen Geflüchteten ist wieder aufgehoben.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bautzen-fremdenfeindlicher-angriff-auf-72-jaehrigen-a-1113554.html> (23.09.16)
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/landkreis-bautzen-hebt-alkoholverbot-und-ausgangssperre-fuer-fluechtlinge-auf-100.html> (20.09.16)
- Sachsen schließt 12 von 25 Erstaufnahmeeinrichtungen, die Kapazitäten werden um die Hälfte auf 7.500 reduziert.
<http://www.mdr.de/sachsen/politik/ulbig-aeussert-sich-zur-erstaufnahme-in-sachsen-100.html> (20.09.16)

Hintergrund und Meinung

- Im *taz*-Interview mit Jan Feddersen vertritt der Politikwissenschaftler Zeev Sternhell seine These über den Faschismus als Produkt aus der Sinnkrise, die die Aufklärung hinterlassen hatte und die einige nicht verarbeiten können. Somit sei der Faschismus gleichzeitig zur Massenbewegung und zum elitären intellektuellen Phänomen geworden. Nation definierten Faschist*innen ausschließlich über Geschichte, Kultur, Religion und Sprache, sie ist ein organischer Körper, das Individuum hebt sich in ihr auf. So sei auch erklärt, warum der Faschismus die Aufklärung in ihrer Absolutheit ablehne. Ihre Konstruktion der Menschenrechte und ihre Auffassung, die Gesellschaft setze sich aus der Vielfältigkeit der Individuen zusammen, sind dem Faschismus zuwider. Sternhell betont noch eine weitere These: es gäbe einen essentiellen Unterschied zwischen einem konservativen und einem faschistischen Weltbild. Das Faschistische sei revolutionär im kulturellen, moralischen, psychologischen und politischen Sinne. Konservative aber wollen nun mal bewahren - ihre Kultur, ihre Werte, ihr Denken und ihren Staat.
<http://www.taz.de/Zeev-Sternhell-ueber-Faschismus/!5339974/> (26.09.16)
- Die Anwältin Ariel Ricker beschreibt in der *Zeit* das von ihr Erlebte am vorvergangenen Montag Abend als in Moria Feuer ausbrach. In dem Auffanglager auf der griechischen Insel Lesbos berät sie Fliehende zu ihrer rechtlichen Situation. Was am Montag mit friedlichen Protest und Hungerstreik begann, endete in Feuer und Chaos. Notdürftig versorgte sie teils schwer Verletzte im Lager und im angrenzenden Wald, was sie und eine Handvoll Helfer*innen sahen, ist laut Ricker der Horror. Dass die Menschen das eigene Lager angezündet haben, überrascht sie nicht. "Wenn man Menschen über Monate wie Tiere behandelt, ist alles möglich. Es hat sich unglaublich viel Wut in Moria angestaut. Am Montag hat sie sich nun endgültig entladen."
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/lesbos-feuer-moria-fluechtlingslager-ariel-ricker-augezeuge> (21.09.16)
- Angesicht von 79% der AfD-Wähler*innen, die angeben, ihre wirtschaftliche Situation sei „gut“ oder „sehr gut“, von einem Wahlprogramm, dass vor traditionellen Mittelstandswerten

nur so strotze, von minimal sinkenden Armutsraten und steigenden Einkommensunterschieden – wenn dies denn überhaupt der Fall ist – sowie der unbeantworteten Frage, warum der Zorn der Armen und Abgehängten sich den nun gerade jetzt seine Bahne breche, bleibt für Kolja Rudzio von der *Zeit* nur ein Schluss: „Sie wollen wirklich, was sie sagen. Grenzen schließen, mehr Asylbewerber abschieben, weniger Zuwanderung. Dafür, und wirklich dafür, wird die AfD zuerst gewählt.“

<http://www.zeit.de/2016/40/afd-anhaenger-ungleichheit-fluechtlinge-bedrohung-partei Erfolg>
(24.09.16)

- Die immer neuen Forderungen der CSU an die Bundeskanzlerin kann David Joram von der *taz* nicht wirklich nachvollziehen. Schließlich habe Angela Merkel wie kaum einer ihrer Vorgänger so konsequent Asylrechtsverschärfungen in den letzten zwölf Monaten durchgesetzt. Als Regierungschefin ist sie für Grenzkontrollen zu Österreich verantwortlich, auch an der Schließung der Balkanroute, Kosovo, Albanien und Montenegro sind seit Januar „sichere Herkunftsstaaten“, dasselbe droht Menschen aus Algerien, Marokko und Tunesien, faktisch sind sie schon heute davon betroffen. Bargeldleistungen seien durch Sachleistungen ersetzt, der Familiennachzug sei eingeschränkt worden, schnellere Asylverfahren mit kurzen Fristen unter anderem für Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ wurden durchgesetzt.

<http://www.taz.de/Angela-Merkels-Fluechtlingspolitik/!5337558/> (21.09.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
E-Mail: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe